

Saale-Beitung.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, bei untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reflektieren die Seite 75 Pfg. Einmal wöchentlich postfrei; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.
(Der Abdruck unfruchtbarer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Zahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen unter Nr. 6516 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.
Verlagsnummer von 1911, bis 12, 13. (Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 170.)

Lebensmildebezüglicher Jahrgang.

Nr. 166.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 8. April

1903.

Eine dritte Enttäuschung.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Man hatte es schon erlebt, daß Einzelanträge den Versuch machten, auf die Gehaltung eines noch zur Beratung stehenden Reichsgesetzes einzuwirken. Daß aber einem eben fertig gewordenen, vom deutschen Kaiser verordneten Gesetz von einem einzelstaatlichen Minister Feinde angefangt wird, das hat den Preis der Neuheit. Freiberger von Hammerstein war dieser Minister und der Paragraph 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dez. 1902 war die Gesetzesbestimmung, deren Aufhebung er beabsichtigte.

Dieser Paragraph, welcher die Aufhebung der Kommunalabgaben auf Getreide- und Mühlenfabrikate sowie auf Vieh und Fleischwaren verbot, bildete eines der Hindernisse für die Zolltarif-Beränderung zwischen Reichstagsmehrheit und Regierung. Dadurch, daß man den Termin des Inkrafttretens auf den 1. April 1910 hinausschob, wurde dieses Hindernis hinweggeräumt. Einem Teil der Radikalfraktion erschien die Beibehaltung dieser Kommunalabgaben schon aus tatsächlichen Rücksichten rätlich, weil man damit dem Vorwurf einer allzu starken Verbrauchsbelastung ausweichen zu können meinte. Verschiedene Einzelregierungen, darunter auch die preussische, hatten anfangs in der Kommission wie im Plenum des Reichstages Bedenken erhoben, nachträglich aber dem Kompromiß zugestimmt. Es wäre ihnen ein Leichtes gewesen, diesen Paragraphen zu Falle zu bringen, da er eine Verfassungsänderung erforderte, die als abgelehnt gilt, wenn vierzehn Stimmen im Bundesrat sie verwerfen. Die vierzehn preussischen Stimmen waren also mehr als genug, um die Absichten der Reichstagsmehrheit zu durchkreuzen. Man hat sie aber nicht gegen den Paragraphen 13 in die Waagschale geworfen. Um so auffälliger erscheint es, wenn jetzt gerade ein preussischer Minister gegen die so zustande gekommene Vorchrift Sturm läßt und vor dem Herrenhaus in aller Form vertritt: „an ihr solle es nicht fehlen, wenn es möglich wird, darauf hinzuwirken, daß dieser Beschluß des Reichstages nicht zur Ausführung kommt, sondern eine Grundlage geschaffen wird, durch welche den Gemeinden ermöglicht wird, ihre Ausgaben durch indirekte Abgaben mehr als bis jetzt zu decken.“

Verwehen will das Kompromiß durchbrechen. Das ist die dritte große Enttäuschung, welche die Zollmehrheit erlebt. Die erste betraf bekanntlich darin, daß die von Herrn Bajermann für Februar erwarteten Vertragsentwürfe wahrheitsgemäß erst nach Jahr und Tag zur Verfügung gelangen werden, die zweite darin, daß für Futtergetreide nicht ein niedrigerer, sondern der gleiche Zoll wie für Braugerste gezahlt werden muß. Nun gerät der preussische Minister des Innern an dem letzten Stück des Mantels, den sich die Zollmehrheit zur Deckung ihrer Wunden umgelegt hat.

Die Wehrzeit mußte ausgehen, daß lokale Verbrauchsteuern den Preis für die betreffenden Bedarfsgegenstände erhöhen. Der katholische Weisliche Herold legte dies dem Häusern dar, und Herr v. Oldenburg von der konservativen Partei hatte es kurz zuvor, allerdings unbedingterweise, der Linken geradezu zum Vorwurf gemacht, daß sie die Schlachtsteuer, welche die Gemeinden erheben, und welche noch auch das Fleisch verteuern, nicht befreiben wollten. Daran, daß die Steuer ein nicht bestimmtes Moment bei der Preisbildung ist, läßt sich in der Tat nicht zweifeln. Den wissenschaftlichen Nachweis hierfür hat Professor Rappoport erbracht, indem er die Preisbewegung verfolgte, welche sich an die in den sechziger Jahren vorgenommene Aufhebung der preussischen Wahl- und Schlachtsteuer an Staatssteuer knüpfte. Das Ergebnis dieser minutiösen Untersuchungen war, daß die Preise nach Aufhebung des Ottwits gesunken sind, während sie in allen denjenigen Ortschaften, welche diese beratigen Abgaben erheben hatten, entweder stehen blieben oder gar noch stiegen. Weil die Verbilligung nur in Städten mit Ottrot, ferner nur für die beliebtesten Artikel, und endlich nur zur Zeit der Steuererhebung eintrat, mußte sie aus der Steuererhebung hervorgehen.

Die Radikalfraktion, die hier den Zusammenhang zwischen Zoll und Preis anerkannte, hat leider diesen Gedanken nicht zu Ende gedacht, sonst hätte sie mit Rücksicht auf die Folgen für den Preis der Lebensmittel auch von einer weiteren Erhöhung des Reichszolls Abstand nehmen müssen. Denn Ditzeloll und Grenzoll wirken in der gleichen Richtung. Die Liberalen waren konsequenter; sie stimmten im Interesse der Volksernährung sowohl für die Aufhebung der Kommunalabgaben auf Brot und Fleisch, als auch gegen die Steigerung der Zölle auf diese Gegenstände durch das Reich.

Ottrot wird gegenwärtig noch in 13922 Gemeinden erhoben, und zwar teilweise in recht erheblichen Beträgen. So beläuft sich die Belastung durch Verbrauchsteuern auf den Kopf der Bevölkerung in Augsburg auf 7,10 M., in Breslau auf 5,62 M., in Karlsruhe auf 3,99 M., in Wien auf 5,14 M., in Mannheim auf 2,16 M. Für Dänzig und Sied bezeichnet das neueste Jahrbuch deutscher Städte eine Verbrauchssteuer. Da, wo der städtische Haushalt in höherem Maße auf die Verbrauchssteuer angewiesen ist, wird die Beibehaltung derselben allerdings mancherlei Ungelegenheiten hervorrufen. Aber schon die Minderfraktion des Reichstages hat sich für das Inkrafttreten der Bestimmung auf noch etwa sieben Jahre ermöglicht eine allmähliche Ueberleitung. Die Schwierigkeiten, die der Ver-

feiligung im einzelnen Falle entgegenstehen, ändern in keinem Falle etwas an der grundsätzlichen Beurteilung der Ottrots. Diese sind unter den indirekten Steuern daselbst, was Stoffkennern unter den besten sind; das Gegenteil einer Verteuerung nach der Leistungsfähigkeit, die Verteuerung des Preisings der Gleichmäßigkeit. Dem totalen Zug in unserm Steuerwesen, welcher auf ein Gleichgewicht von Kraft und Last abzielt, widersprechen sie durchaus.

Mittelbar erkannte dies auch die preussische Gesetzgebung an, indem das Kommunalabgabengesetz von 1893 ihre Vereinfachung und Erhöhung verbot. Bremen hob diese Steuer am 1. April v. J. auf. In Belgien sind sie bereits 1860, in Holland 1865 befreit worden. Frankreich freilich blieb das kaiserliche Land des Ottrots, und durch Frankreich wurde es auch Elsaß-Lothringen. Von hier hat Herr von Hammerstein seine Begeisterung für indirekte Abgaben geholt; er wird sich aber hoffentlich noch darüber klar, daß ihr von ihm empfohlener Ausbau nicht nur den Absichten des Reichsgesetzes, sondern, soweit es sich um Steuern auf den Verkauf von Getreide und Fleisch handelt, auch denen des preussischen Gesetzgebers zuwiderläuft.

Durch Steuern, welche eine Unbilligkeit für alle enthalten, kann er auch die letzten Reste der kommunalen Steuerpolitik hervorzuheben. Die Vertagung des Billigkeitensmomentes ist um so notwendiger, als in der Bestimmung des § 16 der Städteordnung von 1853, bezuglich der Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtvorordneten aus Hauseigentümern bestehen muß — und ähnliche Bestimmungen kennt auch das Stadtrecht anderer deutscher Einzelstaaten — die Gefahr liegt, daß sich Klasseninteressen gegenüber dem Gesichtspunkt des Gesamtwohls zu sehr in den Vordergrund drängen.

monden Bezirken die Unbilligkeit entweder fällen oder aus schnell zusammengekauften Vorurteilen hervorgehen, welche den Ausschüssen des Reichstages nicht entgegenstehen. Daran würden die Unbilligkeiten und zahllose Widersprüche sich ergeben.

Diese Unbilligkeiten sind in der Tat geteilt, Bedenken gegen die Bestimmung hinsichtlich der Größe der Wahlkörper zu erheben. Allerdings sollen einzelne Regierungen unbeschadet der noch nicht erfolgten Genehmigung des Reglements durch den Reichstag mit der Befreiung der Substanz schon vorgegangen sein, oder das allein darf nicht abhalten, die allen Wählern nach ausgedehnter Bestimmung durch eine zweckmäßige und vor allem praktisch durchführbare zu erheben. Auch einzelne andere Punkte noch bedürfen der Klärung. So sollen nach § 14 der Bekanntmachung die Unbilligkeit des Wählers übergeben werden durch eine in der Höhe des Bezuges zu dem Nebenraum oder Nebenstich aufzustellenden Person. Jedenfalls muß dafür Sorge getragen werden, daß auch diese Person den Wählern nicht beobachtet kann. Es erscheint überhaupt fraglich, zu welchem Zweck diese besondere Person aufgestellt wird. Warum soll nicht ein Mitglied des Wahlkörpers die Unbilligkeit dem eintrittenden Wählern übergeben? Auch die Vorrichtung, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeschadet in den Unbilligkeit zu legen vermag, ist kaum genügend; der Wähler darf nicht von der Richtung beobachtet oder beobachtet werden, ob er einen Stimmzettel, den er etwa in der Hand hat, in die Tasche steckt und daraus einen anderen Zettel entnimmt. Und so wäre noch mancherlei, was dringend und zweckmäßigerweise billige Klarstellung erfordert.

Politisches.

• Seitens des Kaisers ist bekanntlich die Absicht ausgeprochen, im Sommer einen neuen Besuch in Dänemark abzustatten. Im Falle der Verwirklichung dieser Absicht dürfte der Kaiser, wie dem „F.“ geschrieben wird, die königliche Familie in Fredensborg besuchen, und zwar zu der Zeit, wenn der 3. art. Artikel des Zusatzes zum Grundgesetz sich aufheben. Die bekräftigten Fredensborger Festschütze „dürften dann wieder zu Ehren gelangen, nur in der Form erweitert, daß es sich dann nicht um eine Feste, sondern um eine Dreitägigen Zusammenkunft handelt. — Allerdings wird abgesehen davon, ob dann der Bor, der ja kein Freund von allzu großen Festlichkeiten ist, sich dann nicht eine andere Zeit für seinen Fredensborger Besuch aussucht.

• Der bekannte schlesische Großhändler Graf Tiele-Winkler hat die „Deutsche Agrarrevue“ gegen sich erhebt, weil er die durch ihn erfolgte Ueberleitung eines Bundes der früheren amerikanischen Unterstaatssekretärs Wanderling über die amerikanische Wirtschaftsentwicklung damit begründet hat, daß das gesamte Europa aus seinem historischen Zustande erwacht und sich erholt, unter Beibehaltung der bestehenden Interessenverhältnisse sich zum Aussehen und dieselben Wesen aus der Naturform zu lösen. Deren Amerika sich so erfolgreich bedient hat. Schutz des legitimen Marktes nach dem Rezept Mac Kinleys, Wilsons und Dingleys.“ Angesichts dieser Begründung schreibt das erwähnte Organ:

Diese Sache wäre ganz nett, wenn Herr Wallin nicht der Subjektor der deutschen Handelspolitik wäre. Da er es aber ist, und da ihm die Schmach zwischen Europa und Amerika Schicksalhaft ist, so wird nicht der Einfluss des deutschen Großhändlers Grafen Tiele-Winkler werden, sondern, wenn es nicht auf dem Gebiet, das für uns und auch für die deutsche Volkswirtschaft die Hauptsache ist: kein landwirtschaftlichen Import aus Amerika. Bei dem industriellen Import, der den Herrn Grafen Tiele-Winkler als Großhändler in sich wohl der erste Interesse, mag's freilich anders geben; an jetzt in jeder Nummer des „F.“ zu lesen, daß die deutsche Regierung, daß der Herr Grafen Tiele-Winkler und andere Leute des Lohr der Regierung haben. Und diesen Einfluss zu haben, das scheint uns der Hauptzweck der Wirtschaft des Herrn Grafen Tiele-Winkler zu sein. Ist das aber richtig, und ist das richtig, daß das gesamte Europa erwacht und sich erholt, und daß die deutsche Volkswirtschaft sich so erfolgreich bedient hat, so ist das natürlich auf die Frage beunruhigt schon den Kandidaten.

Die „Deutsche Agrarrevue“ versteht, daß der enormen Justizvermehrung eine ebenso enorme Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle gegenüber, deren Wirkung noch durch die verschiedenen Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen geteilt wird. Sie hat also gar keine Ursache zu ironisieren. Im übrigen wird ja wohl auch die Wirklichkeit des Grafen Tiele-Winkler einen wirtschaftspolitischen Umsturz im Deutschen Reich zu erwirken.

• Aus dem „Wächter“ eingehenden „Sowjo Polstik“ über den Bolshew „Kaiser Romanoff“ die folgenden auf Grund des 10. Jahresberichtes der Reichskommission angefertigten Mitteilungen über Bestand und Aufgabe des polnischen Nationalkongresses, der bekanntlich in Rapperswil im schweizerischen Kanton St. Gallen untergebracht ist. Des „Sowjo Polstik“ schreibt:

Ende Dezember 1901 befand der Nationalkongress 222,800 Freie. Im Jahr 1902 machten die im Nationalkongress in Rapperswil eingeschalteten Beiträge 1350 Freie. Aus Ferner gingen ein vom Reichstag des polnischen Auswandererzweigs 11,532 Freie, von der Bundesversammlung des Reiches 13,170 Freie, von dem Nationalkongress des Nationalkongresses für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 13,840 Freie. Nach Abzug der Ausgaben schlossen die Rechnungen des Reiches Ende 1902 mit der Summe von 253,192 Freie ab. Die Reichskommission hat auf Grund des § 22 des Statuts die aus dem Reichstag verfügbare Quote anlässlich der Nationalkongress annehmen. Dem das Wochen darüber, daß die Aufführung der Nation nicht auf Zwänge geteilt, das Wachen vor Nichtigkeiten, welche die polnische Sache untergraben, das sind Bedenken, die eine Organisation erfordern, welche von keiner Weltanschauung, von keiner Volksschicht, von keinem Stande, von keiner Partei und von keiner Doktrin abhängig ist, also eine

Deutsches Reich.

Gold- und Veronalanträge.

• Die kaiserliche Familie trifft voraussichtlich am 14. Mai auf Schloss Lixville in Lothringen zu einem acht- bis zehntägigen Aufenthalt ein.

• Das Befinden der Kaiserin ist nach wie vor zufriedenstellend. Der Heilungsprozess nimmt den normalen Verlauf, der gedehnte Arm wird noch im Herbst geheilt.

• Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen werden heute mit ihren Söhnen zum Besuch des Großherzogs in Darmstadt erwartet und gedenken die Oberfestung dort zuzubringen.

Aktuelle „Anstimmungsstellen“ hinsichtlich der Ausföhrung des Wahl-Reglements

werden in einem Artikel erörtert, der die „Frl. Ra.“ aus bayerischen Kreisen enthält. „Anstimmungsstellen“, die in der Tat erheblich genug erheben, um nachgehenden Orts enstlicher Aufmerksamkeit gewürdigt und vielleicht auch gelegentlich der für den 21. April in Aussicht genommenen Beratung der Abänderung des Wahlreglements im Reichstage erörtert zu werden. Entgegen der verbreitetlich vertretenen Ansicht, daß der Reichstag gar nicht in der Lage sei, irgendwelche Abänderungen an der Vorlage des Bundesrats zu treffen, vertritt der Verfasser des Artikels die Ansicht, daß ihm dies unbenommen bleibe, soweit sich diese Abänderungen im Rahmen der einmaligen Verlung vornehmen lassen. Zudem steht er auf dem Standpunkt, daß eine Abänderung der Bekanntmachung unter allen Umständen vorgenommen werden müsse.

Die Bekanntmachung schreibt, wor durch die Umföhrung von Wahlkörpern ungeschaffen in die Wahlkreise erfolgt wird, und daß bei der Bildung noch Schluß der Wahl einer der Wählern die Umschläge zu öffnen hat. Daran wäre zu schließen, daß der Wähler den Umschlag aufzulegen soll. Wie uns mitgeteilt wird, hat aber die württembergische Regierung bereits Umschläge bestellt, die nicht am Schloß versehen sind, also überhaupt nicht geöffnet werden können. Die Umschläge, von welchen einschließend der Stichworts 15 bis 16 Millionen notwendig sein werden, sind in einer Größe von 12 bis 15 cm vorgeschrieben. Nun hat aber das in Deutschland am weitesten verbreitete Briefverföhrform die Größe von 12 x 15 1/2 cm, und wenn auch bei geringerer Zeit die deutschen Briefverföhrform die Größe von 16 Millionen in der kleineren Sorte liefern könnten, so ist doch das nicht der Fall, wenn das genannte Quantum — und das ist diesmal notwendig — innerhalb weniger Wochen hergestellt werden soll. Das ist ein nicht unmöglich, wenn nicht die angegebene größere Form bestimmt wird. Es handelt sich dabei um etwa 70,000 bis 80,000 Briefe, die auch erst angefertigt werden müssen. Schon dazu allein sind mehrere Wochen erforderlich. Dann müssen diese 70 Tausend Papier zu Umschlägen verarbeitet und endlich müssen diese mit dem amtlichen Stempel versehen werden. Die Verfertigung und Verteilung an die Regierungen, Bezirke und bis in die Wahlkreise hinein wird allein etwa 14 Tage Zeit erfordern. Alle diese Arbeiten können in der kurzen Zeit nur dann geleistet werden, wenn man den Fabrikanten dadurch entgegenkommt, daß die meistbilligsten Subventionen 12 1/2 % em gewährt wird, für welche die Wahlkreiseverrichtungen in genügender Zahl vorhanden sind. Gehebe das nicht, so ist früher voranzugehen, daß am Wahltag in

nationalen Organisation mit reich demokratischen Untergrund, eine Organisation, die auf anderem Wege, ohne Bedingungen zu stellen, dem klar und deutlich vor, geltenden Ziele, der Unabhängigkeit Polens auftritt. In diesem Sinne und auf dieser Basis geht die nationale Nationalität vor.

Angesichts dieser Erklärung, warum keine der politischen Organisationen mit Weissen aus dem Nationalitätsoberbau werden sei, ist ein Zweifel über den politischen Charakter und Zweck der politischen Nationalität fernerhin völlig ausgeschlossen.

• Eine Wahlpartei hat nunmehr auch der konservativen Reichstags-„Ausführung“ gemacht. Er erklärt: „Zunächst meinen wir, daß für die rechtsstehenden Parteien der Schluß der nationalen Arbeit die Wahlpartei bilden sollte; denn unter dieser Partei ist eine Sammlung der rechtsstehenden Parteien für die nationale Arbeit des Landes der Arbeit, wie der sozialen Reformen möglich, wie die Erklärung der Rechte des Polens gesichert hat. Mit dieser Partei kann man die Sozialdemokratie und den Freisinn zugleich bekämpfen, und das muß geschehen, wenn im neuen Reichstag eine Mehrheit für den Schluß der nationalen Arbeit, d. h. für die Handelsverträge vorhanden sein soll.“ Die Partei kämpft gegen die „Sozialdemokratie“ ist, so wenig sachlich. Die obige Partei schließt auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie ein, aber sie ist nicht vorteilhaft, nicht sachlich, sondern sachlich, und das muß eine gute, populäre Partei sein, sie konnte also... Schluß der nationalen Arbeit. Unter ihr wird man liegen.

Der „Reichstags“ wird mit seiner Partei, die eine Mehrheit für die neuen Handelsverträge zusammenbringen soll, bei den Agrarverhandlungen keinen Erfolg haben und auch bei einem Teil der Nationalität keinen. Sie würde viele Komromisse, die jetzt mit Mut und Not geschmiedet sind, auseinander reißen.

• Der Verlags-Edo Wigand in Leipzig kündigt als in Kürze erscheinend an: Graf Wilh. von Helldorf nebst urkundlichen Verträgen zu seiner Politik, mit Erlaubnis des Reichstags abgedruckt und herausgegeben von Hermann Bensch. Der Band soll sämtliche Verträge von seiner Absetzung von Rom bis zum Schluß des Reichstags im Jahre 1908 enthalten. Die Publikation erscheint etwas eigenartig, da doch der Reichstagsrat wohl nicht beabsichtigt, jetzt schon seine politische und verwaltungsmäßige Tätigkeit abzuschließen. Aber wird keine bisherige Kanzlerwirksamkeit für so erregend gehalten, daß man ihn jetzt die Notwendigkeit empfindet, sie für die Nachwelt festzulegen?

Wirtschaftliches.

• Die deutsche Zuckerfabrik zeigt im laufenden Jahre einen außergewöhnlichen Rückgang. In den Monaten Januar und Februar d. J. wurden 700,000 Doppelzentner Rohzucker und 200,000 Doppelzentner Raffinade weniger abgesetzt als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Hauptursache ist die Ausfuhr von Rohzucker nach Großbritannien, die sich in den Vereinigten Staaten infolge der diesjährigen Missernte der Zuckerrohrernte seit 2 bis 3 Jahren dauernd rückföhrigen Bewegung der dortigen Rohzucker-Einfuhr. Daß man auch in Großbritannien bestrebt ist, sich, wenn auch nicht sofort, so doch im Laufe der Jahre allmählich von dem deutschen Rohzucker frei zu machen, das beweist u. a. die Tatsache, daß gleichzeitig mit dem Rückgang der Rohzucker-Einfuhr sich eine steigende Einfuhr von Rohzucker aus dem englischen Westindien bemerkbar macht, und zwar nicht nur aus den englischen Kolonien, sondern auch aus Cuba, das vor kurzem zum ersten Male 30,000 Doppelzentner nach Großbritannien lieferte.

• Aus der heftigsten Verzögerung englischer Waren in Südamerika konnte, wie aus der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hervorgeht, leicht der Schluß gezogen werden, daß die Geschäftsbeziehungen des Westindien zur Kolonie sich doch nicht so heftig abgekühlt haben, wie der englische Konsulant gefürchtet hatte. Ein solcher Schluß wäre aber durchaus irrig, die Verhältnisse liegen für England so befriedigend wie nur möglich; es ist bezeichnend, daß zu bester Zeit, wo die Missernte der Verzögerung englischer Waren nach Europa drängt, englische Schiffe in überaus günstigen Verhältnissen die geschäftliche Erträge Englands in Südamerika liefern. Und sie haben allen Grund dazu. Im Jahre 1893 gingen von dem Gesamtexport Englands in Höhe von 218 Mill. Pfund 72 Mill. nach den Kolonien und 146 Mill. nach anderen Ländern. Im Jahre 1902 war der Gesamtexport um 30 Proz. vermehrt, nach den Kolonien um 51 Proz. gestiegen. Wahrscheinlich und kaum zu verwundern, aber was die Zeichnung des Exports nach Südamerika — 187 Proz. Die Ausfuhr betrug 1893 — 8,8 Mill. Pfund, 1902 — 25,6 Mill. Im Jahre 1893 nahm Südamerika unter den sechs hauptsächlichsten Absatzgebieten für britische Waren den letzten Platz ein, 1902 war es an die zweite Stelle gerückt, der britische Export nach Südamerika war größer als derjenige nach den amerikanischen Union, nach Deutschland, Australien, Frankreich. 1893 nahmen alle diese Länder noch mehr britische Waren auf als Südamerika. Südamerika hat im Jahre 1902 fast die Bedeutung von Indien als britischer Absatzgebiet erreicht, es stand nur um ca. 4 Mill. Pfund hinter Indien zurück.

Parlamentarisches.

• Dem Reichstag ist der Bericht über die Tätigkeit des Reichsausschusses für das Auswanderungswesen, die Geschäftsberichte des Reichsausschusses für 1902, die Rechnungen der Kommission der Verwaltungskommission für 1899/1900 über den Anteil, der sich auf die Verwaltung des Reiches bezieht, und endlich die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebietes für 1900 zugegangen.

• Dem Abgeordnetenhaus ist eine Übersicht über die Verwendung des Zwischenschieds im Jahre 1902 zugegangen. Danach sind im Zwischenschied im Abkühlung von Einnahmen und Kosten in dieser Zeit zugeföhrt 1,76,000,000 Mark gewährt 1,270,541,97 Mark; zugeföhrt sind 930,566,82 Mark, nicht 41,226,57 Mark; zur Erstattung der Wagn- und

Wirtschaftsgebäude zugeföhrt 239,730,14 Mark, wofür gewährt 208,804,02 Mark, zugeföhrt 102,158,68 Mark und nicht beantragt 26,607,72 Mark. Die höchste Summe ist an 35 Neuenhaußerhäuser in Jemby bei Gredelund in Höhe von 325,719 Mark am 25. Mai 1902 gewährt, aber auch am 1. April 1902 bereits zugeföhrt. Ein Zwischenschied in Höhe von 150,000 Mark und 60,000 Mark zugeföhrt abgeteilt und noch nicht wiederholt. Die Zwischenschied kommen in die Bezirke der Kommissionskommissionen Frankfurt a. O. (4 Kolonien), Hannover (1), Königsberg i. Pr. (4) und Breslau 1 Generalmission.

Parlamentarisches.

• In dem, wie schon gemeldet, am Dienstag verstorbenen Oberbürgermeister der „Nationalität“, E. E. Koberner, verliert die deutsche Nationalität einen ihrer hervorragendsten Vertreter. Koberner wurde am 15. Juni 1844 in Breslau geboren und war ursprünglich für die landwirtschaftliche Laufbahn bestimmt. In der Schule des Lebens hat er, ein Autodidakt von ganz besonderer Begabung, keine Befähigung für den journalistischen Beruf erlangt und durch sein reiches Wissen, seine umfassende Kenntnis der politischen Vorgänge in Vergangenheit und Gegenwart, durch die Schärfe seines politischen Urteils und die Klarheit und Flüssigkeit seiner Darstellung sich seitig eine angesehene leitende Stelle im redaktionellen Zeitungsberufe erworben. Vom „Dannow-Courier“ ist er an die „Nationalität“ berufen worden, die er zu einer der bestbesuchten Zeitungen gemacht hat, und demnach immer unermüdet immer betrieblig gewesen ist, vor anderen national-liberalen Blättern den liberalen Gedanken hochhalten. Die Parteifreiheit seines Liberalismus hat ihm auch in anderen politischen Lagern volle Achtung erworben.

Wahlbewegung.

• In Altenburg soll jetzt der Kandidat des Bundes der Landwirte, v. Hildan, Zugaben gemacht haben, durch die es den anderen Parteien, soweit sie mit dem von Reichsvereinigung haben, möglich werden soll, bei der Wahl für ihn einzutreten. Welcher Art diese Zugaben sind, darüber verhalten allerdings noch nichts.

• Die Nationalsozialisten und die Freisinnigen haben in Dresden ein Liebesbrotchen geschlossen, nach dem die ersten im Wahlkreis Dresden-N für den Reichstagswahl Nationalen Raum annehmen.

• Am 22. sächsischen Reichstagswahlkreis (Kirchberg-Auerbach) scheint Graf Hohenhausen nun doch als Kandidat der Reichstagswahl eingeleitet zu werden. Der Reichstagswahlkreis ist ein sehr wichtiger Wahlkreis, der seit langem, da er von konservativer, nach national-liberaler Seite ein anderer Kandidat vorgezogen worden ist. Die national-liberale Parteileitung empfiehlt, die Kandidatur nicht bloß zu bilden, sondern auch zu unterstützen, nachdem einmal mit diesem als mit einer Aufgabe erledigt werden müsse; sie sei von einer erheblichen protestantischen Strömung getragen und sei als das natürliche Produkt der gegenwärtigen konfessionellen Strömung anzusehen.

Geer und Wille.

• Die „Alln. Volkst.“ will wissen, daß regierungsmäßig die Errichtung einer staatlichen Geschloßfabrik erwogen werde. Das Blatt sagt auf vertrauliche Mitteilungen, die der Kriegsminister von Gohler über die Besichtigung der Militärverwaltung zur Firma Ehrhardt in der Budgetkommission des Reichstages gemacht habe, indem es schreibt:

„Es wird jetzt in eingeweihten Kreisen der Großindustrie angenommen, daß der Plan erwogen wird, in Verbindung mit dem Großherzoglichen Fabrikwesen eine staatliche Geschloßfabrik zu errichten. Die Firma Ehrhardt hat sich für diesen Plan ausgesprochen, und die Erwartungen, die Ehrhardt in diesem Zweck seiner Fabrikation gezeigt hatte, haben sich bisher nur wenig erfüllt. Die Firma Ehrhardt hat zwar sehr leistungsfähige Werke hergestellt, deren Wirtschaftlichkeit vorzüglich erprobt worden ist, allein es ist für bisher nicht gelungen, der Firma Krupp eine reineren Konkurrenz zu bereiten. Die röhrenföhrigen Geschloß der Ehrhardt-Gesellschaft mit sogenannter Teleskopform sind auch von anderen Konstruktoren schon früher angewandt worden, ohne sich jedoch dauernd behaupten zu können. Hensings ist General von Mecklenburg, der Vorsitzender der Ehrhardt-Gesellschaft, in mehreren Hinsichten für die Erwartungen, die Ehrhardt in diesem Zweck seiner Fabrikation gezeigt hatte, haben sich bisher nur wenig erfüllt. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß solche Schilde in der deutschen Artillerie eingeföhrt werden. Falls die Lebernahme und Erweiterung der Ehrhardt'schen Geschloßfabrik durch den Staat wirklich eintreten, so kann es sich unter Umständen auch um die Gründung einer Fabrik handeln, einen Teil der für die Artillerie erforderlichen Geschloße herzustellen.“

Ausgeschlossen erscheint es also allerdings nicht, daß die Regierung jetzt, nach Krupp's Tode, Neigung zeigt, die von Reichstag wiederholt geforderten Konsequenzen aus der Krupp'schen Preispolitik zu ziehen und bei staatlichen Lieferungen die Konkurrenz mitpreisen zu lassen. Daß diese Neigung indeed schon bis zur Errichtung einer staatlichen Fabrik gehen kann, vermögen wir vorerst noch nicht zu glauben.

• Der aus dem südafrikanischen Kriege bekannt gewordene Werbeprediger von Walsingham, General Baden-Powell, ist Generalinspektor der englischen Kavallerie, befehligte am Sonntag in Hannover das Militär-Institut.

• E. M. E. „Gana“ ist mit dem zweiten Admiral des Kreuzergeschwaders, Kontradmiral Graf v. Randow in den Nordsee am 7. April in Rotterdam eingetroffen und an demselben Tage von dort nach Berlin in See gegangen.

• Der Transport der abgelassenen Besatzung E. M. E. „Dön“, Kreuzergeschwaders, Kommandant Graf v. Randow, Friedrich v. G., am 6. April in Southampton eingetroffen und auf demselben Tage die Reise nach Antwerpen fortsetzte.

Ausland.

Die Dresdener-Affäre vor der französischen Kammer.

Das größte Interesse an den Vorfällen des Sozialisten Gaurès zu Genua erweckt die Unternehmung in der Dresdener-Affäre dokumentierte sich in der Deputiertenkammer durch überaus starken Zribunenbeifall und durch hochgradige Erregung dort wie in der Saale. Jaurès nimmt seine am Montag abgegebene Rede unter lebhaften Zwischenrufen von der Rednertribüne an. Nachher befragt, daß der Brief des Generals Bellieu nicht dem Reichsgericht vorgelegt wurde, und führt dann aus, wie General Wecker, nach der Fällung Gaurès, das System mit dem falschen Briefe des deutschen Kaisers sich zu zeigen machte und wie dieses System sich in der national-liberalen Presse weiter verbreitete. (Anschließend Zwischenrufe.) Jaurès spricht dann von dem Vorteil, den die Nationalisten aus dieser Stange sagen. Er sagt, ob es einer Partei erlaubt sein solle, ungeheuerliche Legenden zu verbreiten und dann die Presse zu verleugnen, welche diese Legenden verbreitet hat. Wecker und seine Freunde hätten ihnen, deren beunruhigtes Gewissen sie beruhigen wollten, Photographien des gefälschten Briefes des deutschen Kaisers gezeigt. (Warm rechts.) Wenn auch General Wecker im Prozeß von Rennes sein System nicht habe öffentlich verurteilen können, habe er doch alles getan, um durch seine Zeugenaussage die Anpöhrle dieses Systems den Richtern zu suggerieren. Wecker erklärt dann, der Brief, welchen Gaurès in die Kammer brachte, die die Nationalisten an die Hand wälzen, hänge nicht mehr über Frankreichs Haupt, die Nationalisten könnten also sprechen. (Beifall links.) Es sei Willkür der Kammer, von der republikanischen Regierung zu fordern, daß sie eine Untersuchung darüber anstelle, wie ein so wichtiges Schriftstück, wie der Brief des Generals Bellieu, verbreitet worden sei und wie der falsche Brief des Kaisers zustande gekommen sei. Wir haben die Pflicht, den Nationalisten zu sagen: Eine heutige Schwärze darf eine Mißleistung von gestern nicht enttadeln. Denn es wäre eine Schande für uns, wenn wir nicht auch erkannten, als Anläßler zugutere. (Anhaltender Beifall links. Aufre rechts: „Gehen Sie nach Berlin.“)

Nach Jaurès nimmt der Kriegsminister General André das Wort und erklärt, daß die Regierung die Eröffnung der Wahrheit in der Rede stehenden Angelegenheiten zu fördern beabsichtigt. (Beifall.) Die Ehre der Armee sei in dieser Angelegenheit nicht im geringsten in Mitleidenschaft gezogen. (Beifall links.) Er habe niemals in dem Gedanken gefährt sein können, daß ein französischer Offizier wegen des gemeinften der Verbrechen verurteilt werden ließe. Er halte sich an das letzte Urteil des Kriegsgerichts (Beifall rechts), aber er glaube, daß die öffentliche Meinung durch das Aufkommen dieser Behauptungen des Generals Bellieu in Mitleidenschaft gezogen worden ließe. (Beifall links.) Als Minister verleihe er die Behauptungen, die mehrere Mitglieder des Senats in Urkunde erhielten und, wie immerhin sein Wahrschein sein Teil beitragen. Lage er den Brief des Generals Bellieu vor. Der Minister schließt, indem er sich mit einer umfassenden Anagnese unter Bezugnahme eines gewissen Anzahl von Juristen einverstanden erklärt. (Anhaltender Beifall links.)

Cavaignac bittet um das Wort. Er wird mit lauten Pfeifen empfangen.

Cavaignac wird von der Saale mit „Auf, Auf“ und „Geföhrt“ begrüßt. Er erklärt, wie tags zuvor, daß er die volle Verantwortung für sein Verhalten übernehme, was übrigens, da die Anpöhrle bereits vortritt, nicht gerade schwer ist.

Weiter sagt er, er müsse dem ganzen Vorgange mit dem Briefe Bellieu's keine Wichtigkeit beimessen. (Beifall links.) Er leugnet, daß Bellieu auf seine Beauftragung hin seine Zeugnisse abgegeben habe.

Darauf steht der Kriegsminister André auf und verteidigt nochmals den Brief Jaurès'.

Die Anse verhört Cavaignac, der mit heftiger Stimme spricht und erregt auf den Tisch schlägt, mit lauten „Auf, Auf!“ Cavaignac erklärt, die politische Verantwortung für den Brief von Bellieu sei dem Gesamtministerium beigemessen worden, ist unklar. (Beifall rechts, Tumult links.)

Brisson will antworten, die Rechte tot wie weisen, spricht und lacht. Der Tumult dauert fast eine Viertelstunde.

Cavaignac, noch immer an der Tribüne, befehligte die Saale. (Beifall links.) Die politische Verantwortung für den Brief von Bellieu sei dem Gesamtministerium beigemessen worden, ist unklar. (Beifall rechts, Tumult links.)

Cavaignac wirft Jaurès das Wort „Feigling“ zu. Jaurès: Ihre Worte sind die verzeitelnden Wunden eines Mannes, der sich am Abend und fiedt. Die Anse applaudiert lebhaft.

Brisson kann schließlich reden, er erklärt, es sei absolut unklar, daß Cavaignac der Regierung die Verantwortung für den Briefe Bellieu's gesprochen habe. (Eintöniger Beifall links.)

Schließlich wird die Wahl Epinets mit 231 gegen 223 Stimmen verurteilt, er erklärt und es beginnt die Epizode über den Antrag Jaurès auf Einleitung einer Untersuchung in Sachen Dresdens.

In später Stunde befehligte Ribot den von Jaurès eingebrachten Antrag, der gemäß den Erklärungen des Kriegsministers die Einleitung der Untersuchung fordert. Man habe hier „elende Bären“ mit ihrem Gefolge von Doh und Leberthieren wieder heranzuföhren. Wenn heute ein französischer Minister wieder rehabilitiert werden könnte, würden alle Parteien sich freuen. (Beifall rechts und im Zentrum; Gelächter links.) Aber das muß in legalen Formen geschehen. Ribot befehligte die Anse, daß sie sich von Ribot's Anpöhrle, nur die einfache Tagesordnung annehmen und beabsichtigt, daß Cavaignac nicht an Tag nach der Entbedung der Fällung Gaurès, selbst die Revision einleitet habe. Die Deputierten seien seine Richter. Der Kriegsminister ließe sich, da eine Untersuchung zu leisten.

Ribot befehligte nochmals, daß der Kriegsminister das Recht habe, sich von Ribot's Anpöhrle zu lassen.

Gombes erklärt, es handle sich um Richter des Sozialistenhofes, die Aktien veräußert haben. Diese sollten der Regierung begeben.

Gegen mein Uhr kommt es so kolossalen Standesgenen. Ribot verleiht Ribot aus Neben Tribüne unter der Bezeichnung „Jaurès“ mit „Schuh“ auf die unglückliche französische Armee geworfen. Die Nationalisten pfeifen auf Schläfen. Ribot kauft ein Sozialist Walter: Die Zuhälter der Armee! Es

Kleider-Röcke
Jackets
Blusen
Kinderkleider

M. Schneider

Halle,
Leipzigerstrasse 94.

offert
in grosser Auswahl
Mitglied des Rabat-Spar-Vereins.

